

Riesenschweine stopfen das Finanzloch

Autor(en): **Kreis, Boris / Rapallo [Strebel, Walter]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 29

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-612892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

VON BORIS KREIS

Ohne vorher das Parlament oder das Volk zu konsultieren, hat die Landesregierung grünes Licht für die Erforschung und Produktion von Tieren und Pflanzen mit vererbtem Erbgut gegeben. Dies mit der Begründung, die Gentechnologie biete der Medizin grosse Chancen, sichere der Bevölkerung langfristig die Ernährung und fördere die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Ist die bundesrätliche Absichtserklärung ein beispielloser Akt politischer Weitsicht und manifestiert sich darin ein noch nie dagewesener Führungsanspruch der Regierung? Das Gegenteil ist der Fall! Der Bundesrat ist der Industrie auf den Leim gekrochen und hat sich deren Interessen untergeordnet. Und dies keineswegs nur, um der Bevölkerung im Ernstfall die Kartoffeln im Keller zu garantieren. Viel wichtiger ist dem Bund das eigene Hemd: die

Bundeskasse. Diese aufzufüllen ist derzeit oberstes Gebot. Um ehrgeizige Projekte wie NEAT, Bahn 2000 und Swissemetro verwirklichen zu können, bedient sich die Landesregierung nun der Natur. Und beutet sie grenzenlos aus.

Wird nämlich der Patentschutz auf Lebewesen – also auf Tiere, Pflanzen und deren – einst vielleicht sogar Menschen – ausgedehnt, verdient nicht nur die chemische Industrie daran, sondern auch der Bund. Dass er kräftig mitkas-

sieren wird, beweist die Zahl der beim europäischen Patentamt hängigen Patentgesuche für transgene Lebewesen: Seit der Patentierung der Krebsmaus sind deren 80 hängig.

Der Bundesrat ist in Not

Dank einer largeren Zulassungspraxis stieg die Zahl der Gesuche auch in der Schweiz: Das Patentamt der Eidgenossenschaft – es soll inskünftig als «Profitcenter» geführt werden – könnte seinen Umsatz

Linke stemmen sich gegen den Bundesrat ...

«Es ist unbegreiflich, dass der Bundesrat Patente auf Leben nur aufgrund eines Aussparcheppiers diskutiert und bejahren kann», kritisieren linke Organisationen und Tierschutzkreise. Der Bundesrat habe sich an Parlament und Volk vorbeigeschnuggelt und einen Entscheid gefällt, der den wirtschaftlichen Interessen der Industrie absolute Priorität einräume und die zahlreichen Bedenken aus Kirchen-, Umweltschutz- und Drittweltkreisen übergehe. «Zum grossen Glück gibt es noch die Genenschutz-Initiative, um den Bundesrat bei seinem Flirt mit der chemischen Industrie und ihren Interessen noch zur Reue zu bringen», schreibt die SP und bläst gleich zum Angriff: «Es ist höchste Zeit, den verharmlosenden Interpretationskünsten unserer Landesväter den Riegel zu schieben.» Womit gesagt ist, dass die Landesmutter, Bundesrätin Ruth Dreifuss, den Entscheid der Magistraten nicht mitträgt.

also erheblich steigern und somit die marode Staatskasse sanieren.

Der Schweiz und deren In-sassen, es ist hinlänglich bekannt, geht es schlecht. Immer schlechter. In der Bundeskasse, darüber täuschen selbst die beträchtlichen Goldreserven der Nationalbank nicht hinweg, klafft ein riesiges Loch. Finanzminister Otto Stich ist nicht zu beneiden, muss er doch die ausgabefreudigen Mitregierenden immer wieder zurückpfeifen und gleichzeitig horrende Summen freigeben, um teuer eingekaufte Chefbeamte wieder in die Wüste zu schicken. Angesichts dieser desolaten Situation ist es verständlich, dass der Bundesrat nach neuen Einnahmequellen sucht. Verständlich ist auch, dass die im Schussfeld der Kritik stehende Gen-Industrie, vertreten durch die Gen-Suisse, das Gespräch mit der Regierung nicht nur gesucht hat, sondern dort auch auf ungewöhnlich offene Ohren gestossen ist. Hinter dem spektakulären Entscheid, transgene Lebewesen patentieren zu lassen, steht eine Allianz zwischen Regierung und Industrie – eine unhelige.

Unheilig ist sie, weil der sonst so moralinsauer politisierende Bundesrat – in Sa-

chen Aidspolitik dank Bundesrat Cotti und dessen merkwürdigen «Beratern» aus psychosektiererischen Kreisen durchaus christlichen und anderen Werten verpflichtet – urplötzlich sämtliche ethisch-moralischen Scheuklappen ablegt und zur Offensive wider die Natur bläst. Und dies alles allein aus dem Willen heraus, die offensichtlich hungernde Bevölkerung am Leben zu erhalten und die im Schatten Europas stehende Wirtschaft zu fördern.

Der Bund stellt die Versuchskaninchen

Allein aus diesem Willen heraus? Eben nicht! Auch der erhoffte Mehrumsatz an Patentsuchen reicht nicht aus, um die magistrale Gen-Euphorie zu erklären. Dahinter stecken handfestere Pläne. Solche, die

zur langfristigen Gesundung der Bundesfinanzen führen (können): In geheim abgehaltenen Gesprächen haben die Gen-Suisse und der Bundesrat beschlossen, eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Genforschung einzugehen: Der Bundesrat erlaubt landesweit die (grenzenlose) Genforschung an Lebewesen und erhält – als gewinnträchtiges Gegengeschäft für den politisch mutigen Entscheid – den Auftrag, die manipulierten Wesen zu testen. Eine willkommene Arbeitsbeschaffung für die eidgenössische Materialprüfungs-Forschungsanstalt (EMPA), die ihrerseits wirtschaftlich angeschlagen ist und an Auftragsmangel leidet.

Derzeit sind tagtäglich Heerscharen von unter dem Existenzminimum lebenden Schweizerinnen und Schweizern bei der EMPA in Dübendorf zum (reichlich gedeckten) Mittagstisch geladen: Sie testen die ersten gentechnisch veränderten Kartoffeln, sind laut EMPA aber «wohlhabend» und werden sich wohl angesichts wachsender (Wohlstands- respektive Gen-Bäuche) freiwillig für weitere Versuche zur Verfügung stellen. Ein weiteres Mosaiksteinchen! Der Bund stellt die Kaninchen für die Gen-Versuche und ent-

Bundesrat befürwortet Patent auf Leben:

Riesenschweine stopfen das Finanzloch

Seit Ende Juni ist es klar: Der Gentechnologie werden in der Schweiz keine Grenzen mehr gesetzt. Mit seiner Absichtserklärung, den Patentschutz auf Lebewesen auszuweiten, hat der Bundesrat ein klares Zeichen gesetzt.



... und provozieren die grosse Regierungskrise

Wieder einmal pinkeln die Sozialdemokraten ihren Regierungskollegen ans Bein. Und provozieren so die nächste Regierungskrise: «Wir haben es langsam satt, gemeinsam gefällte Entscheide nachträglich immer vor der destruktiven Linken verteidigen zu müssen», heisst es bei den bürgerlichen Parteien. Wenn die Genossen Sandalenträger und Körnchenpicker gegen mutierte Superschweine seien, müssten sie «konsequent sein und aus dem Bundesrat austreten».

lastet somit Arbeitslosenkassen und Fürsorge. Künftig werden die Testpersonen in Dübendorf zu ihrem Kartoffelstock auch Schweinsbraten von Riesenschweinen, wie sie bereits in den U.S.A. gezüchtet werden, geniessen od.; auch nur beurteilen können.

«Reine Horrorvorstellungen»

Für die Gen-Industrie sind die in der Öffentlichkeit vorhandenen Vorstellungen von gentechnisch manipulierten Lebewesen reine «Horrorvorstellungen», die «ein völlig falsches Bild» entwerfen: «Transgene Tiere werden sich immer

nur in einzelnen Eigenschaften von unveränderten Tier unterscheiden», schreibt ein Vertreter der chemischen Industrie in der NZZ vom 21. Juni 1993. Und spricht damit ganz klar auf die amerikanische Sau an. Ihre einzige Abarztigkeit: Sie ist ein Mehrfaches grösser als das Schwein von Mutter Natur. Dergestalt mutiert, ermögliche sie der Industrie wichtige neue Resultate, die für den Fortbestand der Menschheit von eminenter Wichtigkeit sein könnten, nein sind: «Beim Einsatz solcher Tiermodelle handelt es sich um neue Methoden, die vor einigen Jahren nur be-

schrieben werden konnten.» Wozu also bloss beschreiben, was sich auch testen lässt? Der Bundesrat hat erkannt, wie wichtig es ist, Riesenschweine, gentechnisch veränderte Kartoffeln und Getreidepflanzen auf ihre Verträglichkeit hin zu überprüfen und die Resultate – gegebenenfalls via EMPA – entsprechend zu gewichten. Was solche «Produkte» tatsächlich bewirken könnten, ist der Regierung in Bern egal. Denn eines weiss sie aus Forschungsberichten genau: Der Plan Wah-

Kirchen: Widersprüchliche Haltungen

Kritik am bundesrätlichen Entscheid äussern nicht nur Linke und Tierschützer, sondern auch die evangelische Landeskirche. Sie hält in einer Stellungnahme fest, die Menschen hätten kein Recht, Lebewesen gentechnisch zu verändern und Tiere wie Produkte patentieren zu lassen. Der Bundesrat habe sich mit seiner Absichtserklärung klar auf die Seite naturverachtender Industrieller geschlagen und somit gegen die Präambel «Im Namen Gottes» verstossen. Ganz anders lautet die Stellungnahme aus dem Bistum Chur: Bischof Haas teilt die Meinung des Bundesrates und begrüsst in einer Pressemitteilung insbesondere, «dass die Fleischversorgung dank der in Amerika gezüchteten Riesenschweine langfristig gesichert ist». Gerade angesichts des Hungers in der Welt müsse zum Fleischberg Sorge getragen werden. Überdies, so Bischof Haas, sei die Gentechnologie nicht verwerflich, solange sie nicht ausserehelich und ohne den Segen der Kurie vorgenommen werde.

mehr sei eine Untersuchung des amerikanischen Bundesrechnungshofes zum Schluss gekommen, die Krebs-Maus habe sich sogar kontraproduktiv ausgewirkt, weil viele Forschungsgelder einseitig auf diese Projekt konzentriert worden seien und die Mittel für Alternativen fehlten.

Den Bundesrat aber kummern solche Erkenntnisse nicht. Hauptsache für ihn ist, dass geforscht wird im Land der Eidgenossen. Und dass dereinst verkehrsresistente Igel die Autobahn überqueren, der Staat im Sozialbereich entlastet wird und die Bevölkerung satt und zufrieden ist.

len bleibt einzigartig punkto geistiger und patriotischer Genialität. Und ist nach wie vor der wichtigste Bestandteil des neuen Verteidigungskonzeptes. Wie aus dem EMD verlautet, bleibt die Kartoffel ein «wichtiges strategisches Mittel» gegen den Hunger in Krisenzeiten. Womit, angesichts

der neuen Bedrohungslagen nicht nur Krieg, sondern allerlei moderne Katastrophen gemeint sind, wie das EMD betont.

Ein weiterer Grund für den Bundesrat, die Gentechnik zu fördern, ist die Tatsache, dass genmanipulierte Lebewesen nichts bewirken, wenn sie

richtig eingesetzt werden! Die Krebsmaus zum Beispiel hat laut Florianne Koehling, Koordinatorin der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG), nichts zur Eindämmung der Krankheit Brustkrebs beigetragen. Viel-



Gen-Versuche als Sozialhilfe: Reichgedeckter Mittagstisch bei der EMPA